

Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **63 (1976)**

Heft 4

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Vor nunmehr zwei Jahren ist der Bericht «Mittelschule vor morgen» in Vernehmlassung gegangen. Die Auswertung der Stellungnahmen liegt vor. Eine erste Diskussion im Plenum der Erziehungsdirektorenkonferenz hat gezeigt, dass die Thesen und Anträge der Auswertungsgruppe noch einmal überarbeitet werden müssen.

Im Berichtsjahr ist auch der vor drei Jahren in Angriff genommene Bericht «Lehrerbildung von morgen» erschienen. Er wurde der Öffentlichkeit bereits vorgestellt und ging ebenfalls in Vernehmlassung.

Eine neue «Expertenkommission Diplommittelschule» hat ihre Arbeit aufgenommen. Die Diplommittelschule will eine sinnvolle Ergänzung zur Berufsschule und zum Gymnasium sein und dem Schüler eine zusätzliche Möglichkeit für eine seiner Persönlichkeit angepasste Weiterbildung anbieten.

Nach gründlichem Studium der Materie legte die Kommission für Stipendienpolitik einen umfassenden Bericht über den Stand des Stipendienwesens in der Schweiz vor und unterbreitete den zuständigen Behörden Thesen für eine zukünftige Stipendienpolitik.

Die Schulung der Gastarbeiterkinder bleibt weiterhin ein pädagogisches Problem. Eine Arbeitsgruppe, eingesetzt von der «Eidgenössischen Konsultativkommission für das

Ausländerproblem», hat einen Bericht über die Aufgabenhilfe veröffentlicht.

Moderne Unterrichtsmittel

Als neue ständige Kommission der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) wurde die Schweizerische Kommission für audiovisuelle Unterrichtsmittel und Medienpädagogik (SKAUM) geschaffen. Das soeben erschienene Jahrbuch der Konferenz, «Bildungspolitik», ist dem Thema «Medienpädagogik in der Schweiz» gewidmet.

Dies sind die wichtigsten Fakten auf nationaler Ebene. Selbstverständlich sind in den Regionen und Kantonen zahlreiche weitere Projekte in Arbeit: Die Ostschweiz schloss sich auf dem Gebiet der Lehrerfortbildung zusammen; in der Zentralschweiz wurde eine Planungsstelle für die Oberstufe der Volksschule errichtet, in der Nordwestschweiz ein interkantonales Schulabkommen ratifiziert; des weiteren gab diese Region interkantonale Lehrmittel für Geschichte und Geographie heraus. Die Westschweiz baut von «unten herauf» die «Ecole romande» – eine weitgehend koordinierte Volksschule – aus. In allen Sprachregionen ist auch die Frage der Zusammenarbeit mit der SRG für den Einsatz der Massenmedien im Schulunterricht im Studium. Eugen Egger

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: VSS gegen revidiertes Berufsbildungsgesetz

Der Verband der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) lehnt den Entwurf des revidierten Berufsbildungsgesetzes ab. In seiner Vernehmlassung begründet dies der VSS-Vorstand namentlich damit, dass der Entwurf, «statt im Sinne einer Demokratisierung des Bildungssystems Massstäbe zu setzen, nur unwesentliche Verbesserungen des Berufsbildungswesens bringe und sich im übrigen damit begnüge, in der Zwischenzeit geschaffene und vorwiegend im Interesse der Arbeitgeberseite liegende Verhältnisse zu legalisieren».

Im übrigen, so schreibt der VSS weiter, mache sich auch auf diesem Gebiet des Bildungswesens

der Mangel eines Bildungsartikels «gravierend» bemerkbar. Der VSS ist deshalb der Meinung, dass jede Revision ohne diese verfassungsrechtliche Grundlage «unbefriedigendes Flickwerk bleiben muss». Allerdings könnte seiner Ansicht nach «selbst solches Flickwerk noch mehr bringen als der heute vorliegende Entwurf».

CH: Mittelschüler formieren sich

Rund 50 Schüler-Politiker haben in Zürich an einem Seminar des Verbandes schweizerischer Mittelschüler (VSM) den Aufbau und die Reorganisation des Verbandes besprochen. Dabei standen insbesondere die Mitsprache und Mitbe-

stimmung im Unterricht, die Förderung der Selbstverantwortung des Schülers und die Verbesserung des direkten Kontaktes zwischen den Schülervertretern und ihren Klassen einerseits sowie zwischen den Schülerorganisationen der verschiedenen Mittelschulen andererseits zur Diskussion.

CH: Neuer Titel verlangt

Die Absolventen der Höheren Technischen Lehranstalten (HTL) sollen inskünftig einen im Vergleich mit dem Ausland ebenbürtigen Titel führen dürfen.

Dies fordert der Dachverband der Studentenschaften schweizerischer Techniker in seiner Stellungnahme zum Entwurf eines neuen Berufsbildungsgesetzes. Was die Berufsbezeichnung betrifft, so soll der neue auslands-ebenbürtige Titel nicht so gewählt sein, dass er jedem der unterschiedlichen HTL-Abschlüsse Genüge leistet, sondern alle Schulen haben nach den Vorstellungen des SST ihre Lehrpläne so festzusetzen, dass jeder HTL-Absolvent den im Vergleich zum Ausland ebenbürtigen Titel zu Recht tragen kann.

ZH: Mehr Platz für Studierende – aber wo?

Eines der schwierigsten Probleme, vor die man sich gestellt sieht, ist dasjenige der zukünftigen Studentenzahlen. Aufgrund der neuesten Prognosen ist bis 1984 mit rund 15 500 Studenten zu rechnen. Nachher dürfte eine Stabilisierung, wenn nicht gar eine Rezession eintreten. Dies erklärte Kommissionspräsident Hans Oester (EVP) im Kantonsrat zu zwei FdP-Motionen (Ulrich Bremi und Kurt Müller), die sich mit der baulichen Entwicklung der Universität und der langfristigen Universitätsplanung befassten. In beiden Fällen beantragte der Regierungsrat, die Motionen als erledigt abzuschreiben. Der Rat war damit einverstanden.

ZH: Stadtrat will Schulentlassenen helfen

Der Stadtrat sieht folgende Massnahmen vor: für Volksschüler, die weder eine Arbeitsstelle noch einen Platz in einem berufsorientierten Übergangskurs finden, die Möglichkeit eines weiteren schulischen Übergangsjahres; Führung eines Berufsschuljahres Bau und Holz an der Berufsschule II; Führung einer zusätzlichen Vorschulklasse an der Kunstgewerbeschule und in Ergänzung zu den bisherigen Vorschulklassen die versuchsweise Führung einer Klasse als 2. Kursjahr; Eröffnung zweier zusätzlicher Klassen des Mädchenfortbildungsjahres an der Hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule.

BE: Massnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit

Schon im Juli 1975 betrug der Anteil der 20- bis 24-jährigen am Total der Ganzarbeitslosen 23,5 Prozent. Mit Einsatzaktionen, mit einem Werkjahr (mit handwerklichen Fortbildungsmöglichkeiten) und mit Hilfe des Krisenfonds sind Massnahmen möglich. Das kantonale Amt für Berufsbildung legt einen Katalog vor, der von Lehrmeister tagungen, Weiterbildungsklassen für willige Primarschüler bis zu freiwilligen Jugendlagern führt. Allerdings fehlt – so das Amt für Berufsberatung – eine vollständige Liste sämtlicher Weiterbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten innerhalb der Berufsverbände, Wirtschaftsgruppen und grösseren Betriebe.

Berufswechsler sind – so Berufsberater Dr. H. Schmid – wohl heute zahlreich anzutreffen. Sie steigen oft in völlig artfremde Tätigkeiten ein, zeigen aber wenig Bereitschaft, einen weiteren Beruf zu erlernen. Zudem ist es schwierig, Lehrmeister zu finden, die bereit sind, Erwachsene als «Lehrlinge» aufzunehmen.

LU: Diskussion um Rahmenlehrplan

In Zusammenarbeit mit dem Erziehungsdepartement des Kantons Luzern lud der Sekundarlehrerverein zu einer Orientierungsversammlung und anschliessenden Generalversammlung ein. Etwa 250 Teilnehmer wurden im Oberstufenzentrum Sempach-Stadt von Erziehungsdirektor Dr. W. Gut begrüsst.

Dr. Strittmatter, Leiter des Zentralschweizerischen Beratungsdienstes für Schulfragen, und Dr. Rickenbacher, Präsident der Luzerner Reformkommission, informierten die Anwesenden über den Stand der Oberstufenreform mit Schwerpunkt auf den neuen Lehrplan, der für die Fächer Deutsch, Französisch, Mathematik und Naturlehre erprobungsreif vorliegt.

Es gehe nun vor allem darum, möglichst viele Lehrer zu finden, die bereit sind, ab Herbst 1976 mit diesen Lehrplänen zu arbeiten, sie in der Praxis kritisch zu prüfen, um durch konstruktive Kritik zu einem allgemeingültigen Lehrplan zu gelangen, der dem Lehrer für seine Arbeit eine echte Hilfe bietet.

Im Anschluss fand die Generalversammlung des Kantonalen Sekundarlehrervereins statt. Präsident Willi Korner betonte in seinem Tätigkeitsbericht ebenfalls die Aktivitäten des Vereins bezüglich Oberstufenreform, Lehrerbildung, Lehrerfortbildung und Lehrmittel.

LU: Kanti-Lehrer zur Weiterbildung

Dieser Tage kamen die Lehrer der Kantonsschulen Beromünster, Hochdorf, Schüpfheim, Sursee und Willisau zu ihrer ordentlichen Jahreskonferenz zusammen. Ein neuer Vorstand wurde ge-

wählt; an die Stelle des ausscheidenden Präsidenten, Dr. Emil Peyer, Willisau, trat lic. phil. Peter Inauen, Sursee. Die meiste Zeit war Berufsproblemen gewidmet; die Konferenz war als Arbeitstagung organisiert. Am Thema Weiterbildung wurde, nach einem einleitenden Referat von Fritz Egger, Direktor der schweizerischen Weiterbildungszentrale, intensiv gearbeitet, zuerst in Gruppen, anschliessend im Plenum. Die Notwendigkeit einer intensiven Weiterbildung war unbestritten; zum Vorschein kam auch eine starke Bereitschaft, sich dafür noch mehr einzusetzen. Ein Bedürfnis besteht nicht in erster Linie nach fachspezifischer Weiterbildung, sondern nach einer Weiterentwicklung der Fähigkeiten im psychologisch-pädagogischen Bereich. Man ging bei diesen Überlegungen von der Voraussetzung aus, dass auf allen Gebieten die Weiterbildung so wichtig wie die Grundausbildung ist. Man wandte sich auch der heutigen Tendenz zu, im Bildungswesen zu sparen, indem auf jeder Stufe die Schülerzahlen pro Klasse erhöht und die Kredite, die der Weiterbildung zur Verfügung stehen sollten, gekürzt werden.

FR: Freiburger Studentenstatistik

Die Zahl der immatrikulierten Studenten an der Freiburger Universität hat im Wintersemester 1975 gegenüber dem Vorjahr um 9,1 Prozent auf 3806 zugenommen. Der Anteil der ausländischen Studenten ging von 29 auf 25 Prozent zurück. Von den Schweizer Studenten sind laut Statistik 850 im Kanton Freiburg wohnhaft. Die meisten ausserkantonalen Studenten kommen aus dem Wallis, die wenigsten aus Appenzell IR.

42 Prozent aller Studenten sind an der Philosophischen Fakultät eingeschrieben, 31 Prozent an der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen, 20 Prozent an der Naturwissenschaftlichen und 7 Prozent an der Theologischen Fakultät. Der grösste Zuwachs ist an der Rechtswissenschaftlichen Abteilung zu verzeichnen, nämlich 22,5 Prozent.

SG: Lehrer-Weiterbildung während den Ferien!

Die schönen Zeiten, da St. Galler Schüler hie und da schulfrei hatten, weil die Lehrer an einem Weiterbildungs-Kurs waren, sind nun vorbei. Regierungsrat Rüesch hat, zusammen mit dem Erziehungsrat, verfügt, dass fast sämtliche Weiterbildungskurse für die Lehrer während den Schulferien stattfinden müssen. Dieser Entscheid ist eine der Auswirkungen der Rezession für die St. Galler Lehrer.

Eine andere ist der Lehrer-Überfluss, der sich zumindest für ein Jahr abzeichnet. Im Frühling 1976 sollen rund 40 Junglehrer keine Stelle finden. Noch 1974 konnten von 1815 Lehrstellen auf

der Primarschulstufe nur 1670 definitiv besetzt werden: in 145 Fällen sprangen Stellvertreter ein! Der «Lehrer-Überfluss» sollte in den nächsten Jahren jedoch wieder abflauen. Denn 1977 und 1978 stellen die Seminarien von Rorschach, Sargans und Wattwil von der vierjährigen auf die fünfjährige Ausbildungszeit um, so dass entsprechend weniger neupatentierete Lehrer die Seminarien verlassen. Zudem werden in den nächsten Jahren noch mehr Lehrstellen geschaffen, weil das neunte Schuljahr obligatorisch wird. Die Situation für die St. Galler Junglehrer sieht also weniger schlimm aus als für Berufskollegen in andern Kantonen.

AG: Gegen Lehrerarbeitslosigkeit

Als Notmassnahmen wird von einer Arbeitsgruppe von Absolventen des Lehrerseminars Aarau die vermehrte Schaffung von Halbpensen für Lehrkräfte gefordert, die Förderung von temporären halben Stellen angeregt und die Schaffung einer Lehramtsschule für Mittel- und Unterstufenlehrer verlangt, in der im Dienste stehende Lehrkräfte beruflich während eines halben Jahres fortgebildet würden. Schliesslich fordert die Arbeitsgruppe ein Überstundenverbot, das heisst die Beschränkung der Lehrzeit auf die Pflichtstundenzahl. Als einzige Massnahme zur Verminderung des derzeitigen Lehrerüberangebots wird jedoch die Senkung der Klassenbestände bezeichnet.

Die Arbeitsgruppe bezweifelt in einem Communiqué die Prognosen, wonach im Aargau im kommenden Frühjahr rund ein Drittel der 360 Absolventen der aargauischen Lehrerseminarien keine Anstellung finden werde, und sie schätzt, dass mehr als die Hälfte arbeitslos sein dürfte. Nach einer Umfrage von Mitte Januar hätten von 211 Schülern der Abschlussklassen des Seminars Aarau erst 21 eine Stelle. Die Situation dürfte sich, so die Arbeitsgruppe, in den kommenden Jahren eher noch verschärfen, wenn nicht unverzüglich brauchbare Gegenmassnahmen ergriffen würden.

AG: Fortbildungsschulen bleiben

Die obligatorische Fortbildungsschule für Mädchen und Knaben, die keine gewerbliche, kaufmännische oder andere Weiterausbildung erhalten, wird im Aargau beibehalten. Dies hat das aargauische Erziehungsdepartement den Schulbehörden mitgeteilt.

Vor einem Jahr war vom Regierungsrat beschlossen worden, auf den Vollzug der entsprechenden Artikel im kantonalen Schulgesetz zu verzichten, doch wurde dagegen stark opponiert. Die Fortbildungsschule schliesst an die Volksschulpflicht an und umfasst während drei Jah-

ren je 80 Stunden Unterricht in allgemeinbildenden Fächern und Staatsbürgerkunde.

AG: Zusätzliche Lehrstellen

Da im kommenden Frühjahr eine grosse Anzahl Schülerinnen und Schüler nach Beendigung des 8. obligatorischen Schuljahres voraussichtlich keine Lehrstelle oder keinen Arbeitsplatz finden werden, sollen im Aargau vermehrte Möglichkeiten zum Besuch eines fakultativen 9. Schuljahres geschaffen werden.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau beschloss daher, maximal zehn weitere Lehrstellen dafür zu schaffen und bewilligte aus dem Eventualhaushalt 1976 einen zusätzlichen Kredit von

250 000 Franken. Damit sollen neue Abteilungen der 9. Klasse Primarschule, der 4. Klasse Sekundarschule sowie der Berufswahlschule eröffnet werden.

VD: Höhere Grafische Lehranstalt in Lausanne anerkannt

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement hat mit Entscheid vom 27. Dezember 1975 die Höhere Grafische Lehranstalt der Schweiz in Lausanne (HGL) als Höhere Technische Lehranstalt offiziell anerkannt. Die Schule ist demnach berechtigt, wie sie erst jetzt mitteilte, ihren Absolventen den Titel «Ingenieur-Techniker HTL» zu verleihen.

Das Selbstverständnis der katholischen Schulen *

Franz Demmel

Die saubere Aufarbeitung eines Themas muss notwendigerweise mit dem Begrifflichen beginnen. Die Prospektivstudie «Zukunft der katholischen Schulen», die wir im Überblick dargestellt haben, hält sich an diese von der Logik geforderte Ordnung. Sie behandelt im ersten ihrer sechs Bände das «Selbstverständnis der katholischen Schulen». Es geht dabei um eine Grundsatzdiskussion, die am 9./10. Juni 1972 als Studientagung in Einsiedeln durchgeführt wurde und an der sich unter der Leitung von Dr. Alfons Müller-Marzohl von der Arbeitsstelle für Bildungsfragen in Luzern an die 30 Vertreter katholischer Schulen beteiligten. Die Ergebnisse dieser Tagung sind in diesem ersten Band festgehalten. Er darf, wie in der Einleitung von Dr. Müller betont wird, «nicht als etwas Abschliessendes missverstanden werden», soll aber bei der Ausarbeitung des Schlussberichtes als Unterlage dienen.

Krisenzeichen?

Unter diesen Titel stellt Dr. Müller die bereits zitierte Einleitung: «Die Krise der katholischen Schulen der Schweiz ist offensichtlich. Verschiedene Häuser mit Tradi-

tion haben bereits ihre Tore geschlossen und andere sehen ratlos der Zukunft entgegen.» Mit diesem nicht sehr ermutigenden Satz beginnt seine Einführung. Es will mir scheinen, dass man bei der ganzen folgenden Diskussion von dieser etwas pessimistischen Grundhaltung nicht mehr ganz loskam und zu sehr Verteidigungsstellung bezog, statt die Eigenständigkeit der katholischen Schule hervorzuheben, wie sie sich nicht zuletzt aus dem Verkündigungsauftrag ergibt und wie ihn die Kirche in ihrem «Selbstverständnis» jahrhundertlang aufgefasst hat. Eine Auswirkung dieser pessimistischen Grundhaltung scheint es mir auch zu sein, wenn zum Beispiel die NZZ ihren Bericht über die Prospektivstudie schlicht und ohne Fragezeichen mit dem Titel überschreibt: «Krise im katholischen Privatschulwesen» (NZZ Nr. 256 vom 4. November 1975).

Wenn es in dieser Einleitung ferner heisst, es sei «im Augenblick recht schwierig, festzustellen, ob die katholische Öffentlichkeit den konfessionellen Schulen wohlgesinnt sei oder nicht, denn auch in kirchlichen Behörden und Räten gehen die Meinungen über den Sinn dieser Schulen auseinander», so spricht auch daraus wenig Selbstvertrauen. Müsste man hier nicht beifügen, dass neben klügelnder akademischer